

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Landwirtschaftsverlag dlv
Kabelkamp 6
30179 Hannover

Fragen der LAND & Forst

GAP-Reform

Kommission und Agrarminister haben sich auf die Grundzüge der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 verständigt. Es stehen noch die Zustimmung des EU-Parlaments aus sowie die Vorgaben für die Umsetzung auf nationaler Ebene.

Werden Sie sich für einen starken Direktausgleich einsetzen, oder möchten Sie mehr Geld für die ländliche Entwicklung reservieren?

DIE LINKE hält am System der Direktzahlungen fest, möchte diese jedoch stärker als bisher an soziale und ökologische Leistungen binden. Daher begrüßen wir beispielsweise die verbindliche Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen. Sie sollen ohne den Zwang zur Flächen-Stillegung regionale ökologische Defizite ausgleichen. Aus unserer Sicht hätte es neben den Greening-Anforderungen auch eine soziale Bindung der Direktzahlungen zum Beispiel durch Bindung an den Faktor Arbeit geben müssen. Eine Umschichtung von der ersten zur zweiten Säule lehnt DIE LINKE ab. Damit wird ein Ausspielen beider Säulen gegeneinander riskiert statt ein enges Zusammenwirken zwischen Landwirtschaft und ländlichen Räumen zu unterstützen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung ist in beiden Säulen ebenso notwendig wie eine inhaltliche Verflechtung ihrer Förderpolitik und mehr Entscheidungskompetenz für die Regionen in der zweiten Säule.

Tierschutz

Tierschutz und Tierwohl spielen in der gesellschaftlichen Diskussion eine immer größere Rolle. Nutztierhalter sehen sich zunehmend höheren Tierschutzauflagen gegenüber und entscheiden sich – wie zuletzt bei Sauenhaltern deutlich wurde – immer öfter zum Ausstieg aus dem Betriebszweig. Überdies äußert der Handel immer neue Wünsche des Handels nach mehr Tierwohl, ohne jedoch längerfristige Abnahmezusagen zu machen.

Wie können Lösungen aussehen, denen sich Tierhalter vorbehaltlos anschließen können?

DIE LINKE bekennt sich zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Wir sehen sie als einen integralen Bestandteil der Landwirtschaft und wünschen uns eine stärkere regionale Verbindung zwischen Tierhaltung, Veredelung und Vermarktung. Eine exportorientierte Veredlungswirtschaft verliert gesellschaftlichen Rückhalt wenn es nicht gelingt, soziale und ökologische Probleme zu lösen und Tiergesundheitsaspekte sowie regionale Versorgung

deutlicher in den Mittelpunkt der Tierhaltung zu stellen. Die Deutsche Agrarforschungs-Allianz (DAFA) hat viele Probleme benannt und diese Hausaufgaben müssen jetzt gemeinsam erledigt werden. Dazu werden auch Forschungsgelder gebraucht. DIE LINKE will Tierhaltung fördern, die regional verankert, flächenbezogen und tiergerecht erfolgt. Verbraucherinnen und Verbraucher fragen vor allem regional erzeugte Produkte nach. Auch Tierhalterinnen und Tierhalter sollten sich dieser Nachfrage stellen, zum Beispiel wie regionale Verarbeitungs- und Versorgungsstrukturen besser unterstützt werden können – auch politisch. Der sachlichen Debatte zu den gesellschaftlichen Ansprüchen an tierhaltende Betriebe sollten sich die Agrarbetriebe in ihrem eigenen Interesse nicht verschließen. Mehr Tierwohl kann zur mehr Akzeptanz der Produktion und damit zu mehr Stabilität für den landwirtschaftlichen Betrieb führen.

Energiewende

Die große Zustimmung zur Energiewende ist einer um sich greifenden Ernüchterung gewichen. Als Ersatz für fossile Energieträger und Atomkraft kommen aber nur erneuerbare Energien infrage.

- Mit welchen Argumenten und politischen Entscheidungen kann die Akzeptanz zur Umsetzung der Energiewende wiedergewonnen werden?

Wir sehen zwar keine Ernüchterung im großen Ausmaß, aber sicherlich gibt es Zweifel daran, ob die Energiewende ohne große Verwerfungen gelingen kann. Wir sehen folgende Chancen, um die Akzeptanz der Energiewende (weiter) zu erhöhen: Erstens muss die soziale Schieflage behoben werden. So müssen etwa die Ausnahmen für die energieintensive Industrie stark gekappt werden. Denn für diese Ausnahmen zahlen die restlichen Stromkunden zusätzlich. Zweitens darf die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger nicht nur formal ablaufen, sondern muss tatsächliche Partizipation ermöglichen. Das wird nicht alle Konflikte befrieden, könnte aber viele Probleme schon im Vorfeld lösen helfen. Drittens muss der Natur- und Landschaftsschutz künftig eine größere Rolle spielen. Hier sind intelligente, auf den Einzelfall abgestimmte Konzepte gefragt. Der Bund Naturschutz Bayern hat dazu einen interessanten Kriterienkatalog vorgelegt. Zudem ist das Bundesamt für Naturschutz hier erfreulich engagiert. Diese Aspekte dürfen aber nicht missbraucht werden, um einen faktischen Ausbaustopp zu erwirken, wie es gerade die CSU in Bayern mit völlig überzogenen Abstandsregeln vor hat, die zu Wohngebäuden das Zehnfache der Höhe der Windkraftanlagen betragen soll. Nicht zuletzt verstehen die Bürgerinnen und Bürger nicht, dass sie die Energiewende hin zu erneuerbaren finanzieren, gleichzeitig aber neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Darum fordert die LINKE auch ein Kohleausstiegsgesetz.

- Welchen Stellenwert können erneuerbare Energieträger zukünftig als realistische Größenordnung einnehmen?

Wir halten einen Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von 50 Prozent bis 2020 und fast 100 Prozent bis 2050 für realistisch. Dabei werden Windkraft und Photovoltaik die Zugpferde sein. Biomasse und Speicher werden die notwendige System-Flexibilität und den Must-Run-Sockel bereitstellen. Auch der Netzausbau wird die schwankende Einspeisung durch die Verbindung verschiedener Regionen glätten. Im Wärmebereich könnte der REG-Anteil bis 2020 rund 20 Prozent betragen. Insgesamt kann der Energieverbrauch bis 2050 zu 90 bis 95 Prozent aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden, sofern er gleichzeitig über mehr Effizienz und Einsparungen spürbar gesenkt wird. In diesem Prozess wird der Verkehr sicherlich die

größte Herausforderung. Hier brauchen wir einen grundlegenden Wandel – weg von der vorrangig individuellen Mobilität hin zu einem öffentlichen Verkehr sowie Fahrradfahren und zu Fuß gehen. Der verbliebene motorisierte Verkehr sollte zunächst über effizientere Motoren und Tempolimits seinen Verbrauch mindern. Langfristig könnten Biogas sowie erneuerbar hergestellter Wasserstoff bzw. Methan die Energiequellen der Mobilität sein.

- An welchen Stellschrauben wollen Sie drehen, um die Akzeptanz bei Bürgern und Grundeigentümern für den Bau neuer Energieleitungstrassen zu erhöhen?

Siehe auch Antwort zur Frage 1. Die Akzeptanz würde sicherlich steigen, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr befürchten müssten, dass durch die zusätzlichen Leitungen vor allem Atom- und Kohlestrom transportiert würde. Auch aus diesem Grund ist die LINKE für einen vorgezogenen Atomausstieg und für ein Kohleausstiegsgesetz. Ferner müssen die Regelungen über Bürgerbeteiligung, Umweltinformation und Zugang zu Gerichten im Zusammenhang mit den konkreten Ausbauplänen so novelliert werden, dass tatsächliche Mitsprache für Einzelpersonen und Verbände möglich ist. Zudem sollte mehr als früher der Landschafts- und Artenschutz beim Finden neuer Trassen eine Rolle spielen – etwa durch das Verlegen von Erdkabeln, wo es ökologisch sinnvoll ist.

Umwelt

Deutschland ist aus landwirtschaftlicher Sicht dank der ausgeglichenen Klima- und Bodenbedingungen ein landwirtschaftlicher Gunststandort. Gleichwohl gibt es unter Landwirten eine hohe Bereitschaft, an Natur- und Umweltschutzprogrammen mitzumachen.

Wo sollten im Vertrags-Naturschutz stärkere oder ganz neue Akzente gesetzt werden?

Es müssen keine neuen Akzente gesetzt werden, da es beim Vertragsnaturschutz ja generell um den Schutz von Arten und Lebensräumen trotz landwirtschaftlicher Nutzung geht. Viel wichtiger ist, dass der Vertragsnaturschutz nicht weiter zurückgefahren wird, wie das seit Jahren passiert. Es geht um eine angemessene Bezahlung ökologischer Leistungen, die durch die Landwirtschaft erbracht werden. Es geht aber auch um Umweltstandards, die von der Landwirtschaft einzuhalten sind und mit zielführenden Agrarumweltmaßnahmen flankiert werden. Dafür in der EU ein ausgewogenes Maß festzuschreiben, wäre sowohl Aufgabe als auch Chance der neuen GAP gewesen. Da dies nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, bleibt die Rolle des Vertragsnaturschutzes für den Erhalt der Artenvielfalt außerordentlich wichtig. Das bedeutet, dass für Landwirte Vertragsnaturschutzprogramme kein Minusgeschäft sein dürfen.